Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen außerhalb Berlin's: Wien: M. Oskar. — Breslau: H. Schlesie. — Köln: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Boetticher, Jacob Thilo, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Leipzig: D. Frenz. — München: C. Mayrwöckl.

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stadtamtsgasse 5. — Zürich, Frankfurt, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, Zille Faubourg Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorskaya 23.

Nr. 478. **Berlin, Mittwoch den 5. November 1870.** **19. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 1 Thlr. 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an dieser Berlin SW. Wilhelmstr. 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honoraranzeige erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition befinden sich jetzt in Versailles, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 5. November.

Die jetzt beendete Generalsynode hat sich des Beifalls der Liberalen nicht zu erfreuen gehabt. Es ist dem kirchlichen Liberalismus ergangen, wie dem politischen; der eine wie der andere hat sich über den im Volke lebenden Geist gründlich getäuscht.

Dieser wie jener hat so lange Zeit das große Wort geführt, daß er schließlich selber daran geglaubt und ohne Weiteres angenommen hat, dieses Wort sei der Ausdruck einer allgemeinen Ueberzeugung und absoluten Wahrheit. Der politische Liberalismus hat daher ohne Weiteres die Gefolgschaft des Bürgerthums in Stadt und Land für sich in Anspruch genommen, und der kirchliche Liberalismus war vollkommen überzeugt, an der Spitze der Zivilisation zu marschiren, weil sein Ohr nur empfänglich war für die in einem nihilistischen Gesammtausdruck zusammenklingenden Aeußerungen des Nicht-Christenthums, des Anti-Christenthums und der religiösen Indifferenz.

Er hatte keine Ahnung davon, daß das Volk mit den kräftigsten Fasern seines Daseins an dem positiven Christenthum hängt und die Befriedigung seiner religiösen Empfindungen nur in dem Kirchenglauben sucht und finden will.

Die kirchlichen Wahlen haben für diese überwiegend kirchliche Gesinnung des Volks ein unwiderlegliches Zeugniß, abgelegt und es hilft dem Liberalismus nichts, wenn er die Majorität der Generalsynode mit den nach seiner Meinung kompromittirendsten Adjektiven belegt; sie bleibt die Mehrheit und muß als die maßgebende Vertretung der evangelischen Landeskirche respektirt werden, mit welcher das Kirchenregiment seinerseits sich zu verständigen hat.

Mit der Generalsynode — nicht mit den Prätensionen, welche gerade aus ihrer Widerkirchlichkeit einen Titel zu maßgebendem Einfluß herleiten, aber mit der Entäußerung des Glaubens zugleich den verfassungsmäßigen Boden des Einflusses verloren haben.

Aber es wird auch nichts helfen, von Neuem das Gespenst der kirchlichen Reaktion heraufzubeschwören oder in den Beschlüssen der Synode, welche die Zucht und Ordnung in der Kirche retabliren, sowie das Verhältniß der Kirche zum Leben der Nation wie des Einzelnen in's Auge fassen, die Furcht vor „Pfaffenherrschaft" zu begründen.

In der Regel schreien Diejenigen am meisten über „Pfaffenherrschaft", welche sich durch ihre gänzliche Entfremdung von der Kirche auch jedem Einfluß geistlicher Seelsorge entzogen haben. Aber nicht blos den ernst kirchlich Gesinnten, auch Jedem, welcher sich noch ein unbefangenes Urtheil über Menschen und Dinge bewahrt hat, wird es nachgerade unverständlich, wo hinaus man will mit den Deklamationen gegen „Pfaffen" und „Pfaffenherrschaft."

Es gab eine Zeit, in welcher man von studirten Aerzten absolut nichts wissen wollte, sondern sein Vertrauen lediglich den sog. „Natur-Aerzten" zuwendete. Aehnlich verhält sich jetzt der kirchliche Liberalismus.

Kommt der Geistliche in die Schule, um in die Kinderherzen den Samen der Religion zu legen, so heißt es: seht zu, daß die Schule keinen Schaden nimmt. Sagt er sich's angelegen sein, der Unsitte, der Zügellosigkeit und Lasterhaftigkeit, welche das Leben des Volkes zu verwüsten drohen, Schranken zu setzen — so ist er sicher, der Muckerei beschuldigt zu werden. Unterfängt er sich, die Lehre des Evangeliums zu verkünden, wie er sie zu verkünden nach seinem Eide verpflichtet ist, und stellt er auch an Andere die Zumuthung, in gleicher Weise zu handeln — so ist er ein intoleranter Zelot.

Wollt ihr denn blos noch Geistliche um der Pfründen willen oder um Reden von der Kanzel zu halten, welche Niemanden wahrhaft erbauen?

Nun, wir wollen die Reihe der Fragen nicht weiter ausdehnen; aber dessen sind wir gewiß, daß, je ernster die Kirche ihre Aufgaben nimmt und je fester und vertrauensvoller sie in dem Bekenntniß ist — um so inniger wird sich ihr Verhältniß zu dem evangelischen Volke gestalten, um so fester die Basis treuer Anhänglichkeit werden.

Bis zu welchem Grad von Gemeinheit ein Theil der Presse in seinen Angriffen auf die Generalsynode sich verstiegen hat, wird am Besten durch die Thatsache charakterisirt, daß sogar die „Germania", als Unbetheiligte im Namen des Anstandes und zum Schutze der evangelischen Landeskirche" dagegen Protest einzulegen sich veranlaßt sah. Das ultramontane Blatt nahm hierbei Bezug auf einen Artikel des „Berliner Zeitung", welchem es nachstehende Blumenlese entlehnt:

„Da wird über die „Glatzgescheiteten" mit „glattrasirtem, bläulichgrauem Gesicht", die heute voraussichtlich „die Budde" schlecken, herzgezogen und gelagt, die Säle auf der Leipzigerstraße bedürften eigentlich der „Desinfektion", die nur deshalb unnöthig werde, weil „der dort zu verspürende Geruch der Heiligkeit" auch den parlamentarischen Hochtories einen „angenehmen und bedeutungsvollen Kitzel" bereite und sie ansporne, das von der Synode begonnene Werk zum glücklichen Abschluß zu bringen".

Nach diesem Reclame aus der „Berl. Ztg." fährt die „Germania" fort:

„Daß namentlich die Stellungnahme der Synode den Berächtern der Kirche, der Zügellose und Sinnlichtuerische gegenüber das demokratische Organ ärgert, ist selbstverständlich, allein weshalb ersteht sich ein von Juden bedientes und im Besitze eines Juden befindliches Blatt so gewaltig zgegen die Beschlüsse der kirchlichen Körperschaft, die seine Redakteuren — unsere Leser verzeihen den Ausdruck — doch wahrhaftig „Schnuppe" sind? Weshalb heißt es in dem Artikel der „B.-Z." also, die Früchte der Generalsynode seien „bitter wie Wermuth" und lägen Einem „zentnerschwer" im Magen? Woher weiß das Blatt, daß die Mehrheit der Orthodoxen und Hofteologen in der Synode auf den Satan mit „widerlicher" „Geringschätzung" herabblickten, wie der Bjeckönig von Egypten auf die armen Fellahs, denen er die „Haut über die Ohren zog"; die Brahminen dächten ebenso wegwerfend von der verachteten Kaste der Parias, wie diese Hofteologen, Hofprediger, Konsistorialräthe u. s. w. von dem schlichten Mann, der nicht in langem Gehrock einherging, mit seinem weißen Bärchen und seinem glattrasirten bläulichgrauen Gesicht nicht Staat machte, und der nicht das Glück hatte, in Folge seiner fetten Pfründe und seiner überaus behaglichen, exzeptionellen Lebensstellung auf die ganze Menschheit zu — pfeifen."

Mit vollem Recht bemerkt die „Germ." zu diesen Elucubrationen, diese gemeine Sprache kennzeichne Sache und Leute. Die einzige gute Folge solchen Treibens ist, daß in seiner Mißachtung selbst prinzipielle Gegnerschaften sich vereint sehen, und diese Thatsache zu bezeugen, haben wir mit vollem Vorbedacht die „Germania" als Anwalt der Generalsynode auch hier zum Wort gelangen lassen.

Aus **Mecklenburg-Schwerin**, 4. November, schreibt uns unser ▲ Korrespondent:

Bei der Abreise haben Se. Majestät Mandate durch besondere Gnadenerweisungen hoch geehrt. Der frühere Hofmarschall v. Stengin und der Oberstallmeister v. Brandenstein erhielten das Großkreuz des Kronenordens, der Stallmeister v. Rodde den Stern des Ordens, der Hofjägermeister v. Bülow das Ritterkreuz dritter Klasse, der Hofjägermeister Baron v. Malzahn den Kronenorden zweiter Klasse, der Forstauditor v. Manrow in Zaßnitz den Kronenorden dritter Klasse. Die Hofdienerschaft, die Hofjäger, Marstallbeamte wurden mit reichen Spenden bedacht. Wie berichtet wurde, bewohnte Se. Majestät die Friedrich-Franz-Zimmer im großherzoglichen Schlosse. Die glanvolle Einrichtung derselben war auf Anordnung und unter persönlicher Leitung Ihrer königl. Hoheiten der Frau Großherzogin-Mutter und der Frau Großherzogin Marie geschehen. In den Prunkgemächern fehlten auch nicht die Bilder der hochseligen Königin Luise, die Bilder der Kaiserin Augusta und der Großherzogin von Baden. Im Schlafzimmer stand das eiserne Feldbett des Kaisers. — Auf der zweiten Hofjagd, bei welcher auf Schwarzwild gejagt wurde, erlegte der Kaiser 16 Stück Schwarzwild. Die übrige Jagdgesellschaft schoß 63 Stück Schwarzwild. Ihre Kaiserl. Hoheit die Frau Großfürstin Maria Paulowna und Ihre Durchlauchten die Prinzessinnen Marie und Alexandrine Windischgrätz wohnten der Jagd auf Schwarzwild in den Jagdschirmen des Großherzogs und des Großfürsten bei. Die beiden Jagdstühle, welche der Kaiser am 30. und 31. benutzte, sollen auf Befehl des Großherzogs mit silbernen Schilden, welche Namen und Datum tragen, versehen werden, um für die spätesten Tage die Erinnerung an die Anwesenheit des Kaiser Wilhelm zu bewahren. — Die Abfahrt des Kaisers mit seiner hohen Begleitung am 1. November, Vormittags 9½ Uhr, war tief ergreifend für das nach Tausenden zählende Publikum. Die großherzogliche Familie, die Spitzen der Behörden, das Offizierkorps, die Geistlichkeit, der Kriegerverein, die Schulen waren anwesend. Sie alle bekeckte das Verlangen, den Kaiser vor Seinem Scheiden noch einmal zu sehen, dem Kaiser die ehrerbietigste Freude, Ihn hier gesehen zu haben, noch einmal zu bezeugen. Nachdem Se. Majestät Sich auf's Herzlichste von Seinen hohen Verwandten verabschiedet, verschiedenen hohen Personen huldvollst die Hand gereicht und das Publikum gnädigst gegrüßt hatte, bestiegen Allerhöchstdieselben den Salonwagen und der Zug setzte sich, während ein tausendfaches Hoch ertönte, in Bewegung.

Aus Anlaß der offiziell bekannt gewordenen Personalveränderungen in den obersten Kommandostellen der Armee werden weitergehende Beförderungen in verschiedenen Zeitungen gemeldet. Wir können diese Angaben als unrichtig bezeichnen mit dem Hinzufügen, daß so lange eine Allerhöchste Entscheidung nicht vorliegt, derglichen Angaben überhaupt nur als Kombinationen auf Grund der Rangliste erscheinen.

Während andere liberale Zeitungen es allem Anscheine nach durch ihren „liberalen" Standpunkt gestatten erachten, an der **Budgetrede** des Finanzministers Bitter eine nörgelnde Kritik zu üben, in der allerdings „Wenn" und „Aber" das Fundament aller Argumente bilden, läßt die gleichfalls nationalliberale „Elberfelder Zeitung" den Ausführungen des Herrn Finanzministers mehr Gerechtigkeit widerfahren. Das genannte Blatt schreibt u. a.:

„Die Bestätigung zu seinem Amte wird man Herrn Bitter nach seiner großen Einleitungsrede zum Etat nicht mehr abstreiten können. Er zeigte, daß er den Stoff materiell beherrscht, wenn ihm auch das Geschick einer überschätzlichen Gruppirung im mündlichen Vortrage, welches sich erst durch längere Vertrautheit mit der rednerischen Bewältigung so schwieriger Stoffe gewinnen läßt, vorerst noch abgehen mag.

Jedenfalls ist Herr Bitter ein Redner, der die Eigenschaften besitzt, im Parlamente seinen Platz zu füllen. Was die äußere Etatsbehandlung betrifft, so hat er in der Anordnung mehrfache Abweichungen von dem bisherigen Verfahren vorgenommen, welche sich als Verbesserungen darstellen und für seine geschäftliche Selbstständigkeit zeugen."

Die Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs des **bürgerlichen Gesetzbuches**, welche zu zwei Sitzungen am 30. und 31. Oktober zusammengetreten war, hat sich über die weitere geschäftliche Behandlung der Arbeiten verständigt. Es liegt hiernach die Gewißheit vor, daß im Sommer des nächsten Jahres mehrere Theile des Entwurfs vollständig fertiggestellt sein werden.

In Bezug auf den in Oberschlesien zur Zeit herrschenden **Typhus** hat die Staatsregierung sofort Maßregeln zur Linderung ergriffen, welche die Provinzialbehörden unverzüglich in Angriff zu nehmen haben.

Aus **Baiern**, 1. November, wird uns geschrieben:

„Die Debatte in der Abgeordnetenkammer über den Hafenräthl'schen Antrag auf Wiedereinführung der Lebensmitteltaxen ist ein neuer Beweis für die fortschreitende Abschleifung der Parteigegensätze und nebenbei ein Grabmesser, wie weit die Abwendung von den Grundsätzen des laissez faire schon Platz gegriffen hat. Der bekannte Klerikale, Gründer und Förderer der Bauernvereine, wofür er den Haß der liberalen Organe in reichem Maße zu erfahren hatte, Frhr. v. Hafenrädl, wird in seinen „reaktionairen" Bestrebungen von keinem Geringeren sekundirt, als dem Abgeordneten Fischer, der seinerseits zu den meistangegriffenen Abgeordneten der liberalen Partei zählte; und die Abstimmung selbst ergiebt eine überwiegende Majorität für den Antrag Ruppert, somit den Nachweis, daß die Mehrzahl der bairischen Abgeordneten eine Wiedereinführung der Lebensmittelartisirung für möglich und ersprießlich hält. Nach der geschilderten Vertheidigung des Standpunktes der freien Konkurrenz durch den Minister des Innern v. Pfeuffer und den früheren Handelsminister v. Schlör ist ein solcher Beschluß bemerkenswerth genug, wenn er auch vorläufig keinen praktischen Erfolg haben kann, wie denn überhaupt zu wünschen ist, daß ein gesteigertes gewerbliches Ehrgefühl bei den betheiligten Gewerbtreibenden die Gesetzgebung der Nothwendigkeit überhebt, ein verzeitetes Polizeiinstitut wieder in Anwendung zu bringen. — Für die volkswirtschaftliche Frage selbst, ob nämlich in der That seit und in Folge der Aufhebung der Brod-, Fleisch- und Biertaxen die Lebensmittel im Verhältniß zu den Preisen der Rohstoffe und der Herstellungskosten und unter Berücksichtigung des Sinkens des Geldwerths theurer geworden sind, ob die betreffenden Gewerbetreibenden und der Zwischenhandel also einen zu großen Nutzen gezogen haben, — hierfür hat die Debatte wenig Stoff geliefert. Ohne sicheres statistisches Material läßt sich in solchen Materien nicht viel beweisen; ein solches scheint indeß nicht gesammelt worden zu sein. Das bairische statistische Bureau, welches im vorigen Jahre viel Zeit und Geld auf eine ziemlich überflüssige Medizinalstatistik verwendete, fände hier ein fruchtbares Feld der Thätigkeit.

Rundschau im Auslande.

Aus London meldet der Telegraph von einem wiederholten Zusammentreten des **englischen** Kabinetsrathes, sowie von einer gesteigerten Thätigkeit in der dortigen Diplomatie, welche Vorgänge wohl mit dem neuesten Auftreten Englands gegen die Türkei in Zusammenhang zu bringen sind. Dem „Bureau Reuter" zufolge hat die Pforte in London Erklärungen über die Bewegung des englischen Geschwaders in Burla erhalten, Nachrichten aus Malta besagen, daß die Flotte unverzüglich nach Cypern abgehen werde. Die „Times" sucht die in der Presse aufgetauchten übertriebenen Befürchtungen auf ein richtiges Maß zurückzuführen. Sie giebt gleichfalls zu, daß bei in Konstantinopel eingetretene Ministerwechsel als ungünstig für die Aussichten auf Durchführung der Reformen erachtet werden müsse und der Botschafter Layard in Folge dessen angewiesen sei, entschiedener und energischer bei der Pforte zu remonstriren. Ein darüber hinausgehender Schritt werde nicht nothwendig sein.

Das in guten Beziehungen stehende Wiener „Fremdenblatt" veröffentlicht folgende Telegramme:

London, 3. November. Ueber die Demarche der hiesigen Regierung in Konstantinopel wird gemeldet: Der Sultan verweigerte Sir H. Layard mehrere Male, unter dem Vorgeben, daß er krank sei, eine Audienz. Nachdem der Botschafter endlich zur Audienz gelangt war und kaum begonnen hatte, die Forderungen seiner Regierung darzulegen, wurde der Sultan abermals unwohl und brach die Audienz ab. Layard erhielt sich darauf Instruktionen aus London und erhielt die Gewährung, die Pforte in dringendster Weise zur Ausführung der Reformen in Asien zu mahnen und dem beizufügen, daß England Alles aufbieten werde, um die Pforte zur Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen anzuhalten. Layard erledigte sich dieses Auftrages, gleichzeitig anzeigend, daß die englische Flotte nach den türkischen Gewässern zurückkehren werde.

Konstantinopel, 3. November. Fürst Sobanow ist noch immer abgereist. Vor der Abreise hatte der Botschafter eine längere Unterredung mit dem Sultan. Vielfach verlautet, die Pforte habe die Intervention Rußlands gegenüber dem Drängen Englands in der geplanten Reformangelegenheit angerufen. Man bringt die scheinbare Abreise Sobanow's hiermit in Verbindung.

Pest, 3. November. Der Botschafter Graf Zichy reist heute von hier nach Konstantinopel, um die dortigen Agenden zu ordnen und vom Sultan Abschied zu nehmen.

Inwiefern die Behauptung einiger Blätter richtig ist, daß Oesterreich-Ungarn sich dem Vorgehen Englands angeschlossen habe, müssen wir dahingestellt sein lassen; sehr glaublich erscheint die Nachricht nicht, da England nur die kleinstädtischen Reformen im Auge hat und denen gegenüber durch die Zum-Konvention vom vorigen Jahre eine besondere Stellung einnimmt.

Die **österreichisch-ungarischen** Delegationen sollen, wie dem „Pester Lloyd" aus Wien geschrieben wird, möglichst noch in diesem Jahre einberufen werden, so daß sie das gemeinsame Budget für 1880 noch vor dem Jahreschlusse vollständig feststellen können. Die bestimmte Entscheidung über den Termin hängt von dem Fortgange der Arbeiten des österreichischen und ungarischen Parlaments ab, da beim Zusammentritte der Delegationen nothwendig die Erledigung der bösnischen Verwaltungsfrage und des Wehrgesetzes in den beiderseitigen Parlamenten vorangehen muß. Wie dem nämlichen Blatte aus Serajewo gemeldet wird, weist das bosnische Landesbudget pro 1880, inklusive der Zölle, Einnahmen in Höhe von 7 Millionen und einen Bedarf von 6 Millionen Gulden, mithin einen Ueberschuß von einer Million Gulden nach. Unter den Ausgabeposten befinden sich nebst den Verwaltungsauslagen auch die Erfordernisse für Post- und Telegraphenwesen und die Einführung des Katasters, für welche 500,000 fl. angesetzt sind. Wenn diese Zusammenstellung dieses Budgets nicht besonderen Anfechtungen ausgesetzt ist, so wird der Ueberschuß von einer Million Gulden vielleicht dazu beitragen, den oppositionellen Volksvertretern in Wien und Pest Bosnien weniger als eine „unproduktive", aus dem Staatsbeutel zehrende Erwerbung erscheinen zu lassen.

Als einen der den Delegationen zu unterbreitenden außerordentlichen Ausgabeposten bezeichnet der „Pester Lloyd" die Bedürfnisse für die Befestigungen in Südtyrol. Ueber den Stand der letzteren wird dem genannten Blatte von unterrichteter Seite geschrieben:

„Gegenwärtig wird die Grenze Südtirols durch 16 größere und kleinere, gut armirte Forts gedeckt. Einige dieser Werke sind nach ganz modernem Style in die Erde versenkte Redouten, welche eventuell als Kernwerke für im Bedarfsfalle rasch zu errichtende provisorische Befestigungen dienen können. Das letztvollendete Werk ist die Thalsperre bei Sarbaro in den Giudicarien, für welche jedoch die Armirung erst beschafft werden soll. Gegenwärtig ist der Geniechef des Innsbrucker Militärkommandos, Generalmajor Ritter v. Keil, an zwei Punkten mit ausgedehnten Befestigungsarbeiten beschäftigt: auf dem zwischen Torbolo und Riva sich erhebenden Monte Brione, wo die Straße von Roveredo an den Gardasee beherrschende Fortifikationen angelegt werden, und in dem Thale von Primo, welches seine militärische Bedeutung bei derselben nach Venetien führenden Uebergängen verdankt und das schon jetzt durch eine Chaussee mit Fleims verbunden ist. Die in Bälde zusammentretenden Delegationen werden im außerordentlichen Erfordernisse mehrere Posten für die hier erwähnten Befestigungen und deren Armirung eingestellt finden."

Der Ministerwechsel in Konstantinopel hat bekanntlich in Abwesenheit Mr. Layards stattgefunden, welcher sich inzwischen auf einer Reise in Syrien befand und dort von Midhat Pascha sehr gefeiert wurde. Der „Nord" hat die Reise des englischen Botschafters zum Gegenstande einer besonderen, auch durch den Druck ausgezeichneten Berichterstattung gemacht. Darnach ist der Botschafter von Midhat Pascha mit allen erdenklichen Aufmerksamkeiten überhäuft worden und hat dafür von Mr. Layard neben vielen Lobesbezeigungen die positivsten Versicherungen empfangen, daß er, Midhat, 5 Jahre auf seinem Posten als Statthalter von Syrien verbleiben und bei der englischen Regierung stets die bereitwilligste Unterstützung für die administrative Autonomie dieser Provinz finden werde. Mr. Layard habe sehr viel von seinen persönlichen Beziehungen zum Sultan und von dem Vertrauen gesprochen, mit welchem dieser ihn beehre. Der britische Botschafter erging sich in größten Lobeserhebungen über die Eigenschaften dieses Souverains, seine Uneigennützigkeit, seine Sorge für den Fortschritt und das Wohl des Reiches. In Syrien wie im Libanon habe er die Freundschaft Englands für die Türkei sehr laut betont und auf die herzlichen Beziehungen hingewiesen, welche seit undenklichen Jahren zwischen beiden Reichen bestehen. Der Korrespondent des „Nord" klagt alsdann sehr über die Unsicherheit der christlichen Bevölkerungen in Midhat's Verwaltungsbezirk. Midhat bestrafe Räuber nur, wenn sie Christen seien, Muhamedaner gehen nach wie vor straflos aus. Mit einen Eisenbahn-, Trammway- und Chausseeprojekten beschäftigt, welche Mr. Layard auf der Börse zu Beyrut den dort versammelten Bankiers bringend empfohlen habe, finde er keine Zeit, sich um die Verwaltung zu kümmern. An Reformen seien bis jetzt folgende eingeführt worden: die Trennung der Gerichtshöfe in zwei Kammern, eine Zivil- und eine Kriminalkammer, deren ersterer der Kadi, der letzteren ein von der Pforte ernannter Bizepräsident vorsitzt; die Anstellung eines Justizinspektors, eines General-Prokurators mit Substituten in den einzelnen Sandschaks, und endlich Errichtung einer Gensd'armerie. Die neuen Kammern haben je 2 Besitzer, einen Muselmann und einen Christen; sie haben bereits zu funktioniren begonnen, der Justizinspektor, der Prokurator u. s. w. sind gleichfalls in Dienst, die Gensdarmerie in der Formation begriffen. Der Korrespondent findet jedoch diese Maßnahmen unzureichend, namentlich da das Gerichtspersonal wegen zu knapper Besoldung und fortgesetzter Nichtzahlung der letzteren sehr unzuverlässlich sei.

Das umsichtige Vorgehen der kaiserlichen Behörden wird somit ausreichend Sorge tragen, daß die Bäume der Italia irredenta in den Himmel hineinwachsen. Die von den Agitatoren übereifrichst ausgestreute Saat beginnt inzwischen allerdings ihre Früchte zu tragen. In den heute früh eingetroffenen Wiener und Pester Blättern finden wir folgende Telegramme:

Innsbruck, 3. November. In Riva haben zwei Strofke aus einem Gefecht auf den Major des 8. Infanterieregiments Junk geschossen und dabei Flüche ausgestoßen. Der Major wurde nicht verletzt, die Thäter wurden verhaftet.

Görz, 3. November. Der hiesige Turnverein „Società Ginnastica di Ginnastica" wurde von der Statthalterei wegen einer am 25. Oktober bei der Feier des zehnjährigen Vereinsbestandes stattgefundenen politischen Demonstration aufgelöst.

Wien, 3. November. (Pester Lloyd.) Wie aus Neutra gemeldet wird, hat die politische Behörde daselbst sich beeilt, dem österreichisch-ungarischen Generalkonsul, an dessen Hause nächtlicherweile die Worte: „Krieg gegen Oesterreich" angebracht worden waren, zu erklären, daß sie die Wiederholung eines solchen Skandals zu verhüten willen werde.

Die „N. fr. Presse" läßt sich aus der **italienischen** Hauptstadt schreiben, einem in dortigen politischen Kreisen allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge werde demnächst in Rom eine Botschafterkonferenz zusammentreten, welcher die italienischen Vertreter in Wien, Berlin, London, Petersburg und Konstantinopel, die Grafen Robilant, de Launay, Menabrea, Nigra und Corti, beiwohnen würden. Der Zweck dieser Konferenz wäre, den König und die Regierung über die durch den deutsch-österreichischen Freundschaftsbund geschaffene Lage genau zu informiren, um dann, auf diese Informationen und den bewährten Rath dieser hervorragenden Staatsmänner gestützt, weitere und endgültige Beschlüsse über die Haltung Italiens der neuen (?) Situation gegenüber zu fassen.

Der Herzog von Aosta ist zum Generalinspekteur des italienischen Heeres und der General C. Mezzacapo zum kommandirenden General des 7. Armeekorps in Rom ernannt worden. — Dem „Diritto" zufolge ist der frühere Kriegsminister Generallieutenant L. Mezzacapo, der Verfasser und Unterzeichner des in der „Nuova Antologia" veröffentlichten Schriftchens „Quid faciendum?", mit einer mehrwöchigen Arreststrafe, nach deren Ablauf seine Ernennung zum Präsidenten des Generalstabs-Komités erfolgen wird, belegt worden. (Bekanntlich avancirte auch Oberst Haymerle nach einer kurzen Disziplinarstrafe zum Generalmajor.)

Englische Blätter fahren fort, ihr Publikum von den Allianzen zu unterhalten, welche **Serbien** geschlossen habe oder zu schließen im Begriffe stehe. Eine Belgrader Korrespondenz der „Times" bestätigt die Meldung des Reuter'schen Bureaus, daß Serbien und Montenegro ein Schutzbündniß gegen die Albanesen geschlossen. Die Anwesenheit der österreichisch-ungarischen Truppen in einem Theile des Sandschaks Novibazar werde indeß als eine Bürgschaft erachtet, daß keine ernsten Verlegenheiten in dieser Richtung entstehen werden. — Des Weiteren wird dem Reuter'schen Bureau aus Belgrad unter dem 31. Oktober gemeldet: „Ein Schutz- und Trutzbündniß ist zwischen Serbien und Bulgarien geschlossen worden. Die Bedingungen desselben wurden von Herrn Ristic, dem serbischen Premier, als Vertreter der serbischen Regierung, und von Hrn. Balabanow, dem bulgarischen Minister des Aeußern, als Vertreter der Regierung des Fürsten Alexander vereinbart.

Wie bereits gemeldet hat die Pforte schon am 23. v. Mts. den österreichisch-ungarischen Geschäftsträger, v. Kosjek, davon verständigt, daß bestimmte Weisungen an die türkischen Behörden ergangen sind, die friedliche Uebergabe der Distrikte Gusinje und Plama an den Fürsten von Montenegro vorzubereiten. Mittlerweile rücken die Montenegriner in den genannten Bezirken langsam und mit Erfolg vor. Sie sind unter dem Serdar Todor Miljanow in die Kula Pepics eingedrungen und sind, nachdem sie die Kula bei Welika eingenommen und 100 Mann Besatzung dort zurückgelassen haben, vorwärts gerückt. Die vor ihnen angesammelten albanesischen Haufen haben sich über Brezowiza hinaus zerstreut.

Einer Meldung aus Paris zufolge, welches seit Montag wieder definitiv die Hauptstadt **Frankreichs** ist, hat den Präfekturrath des Seinedepartements die Wahl des ehemaligen Kommunards Humbert zum Mitgliede des Munizipalraths von Paris für nichtig erklärt.

Parlamentarisches.

* Von den Abgg. Dr. Hänel, v. Rauchhaupt, Rickert, Freiherr v. Schorlemer-Alst und Stengel (also seitens der Mitglieder aller Parteien) liegt bezüglich der geschäftlichen Behandlung des Etats der Antrag vor: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: I. Der Budgetkommission zur Vorberathung zu überweisen: 1. Das Ordinarium nachstehender Spezialetats: a) der Domainenverwaltung, b) der Forstverwaltung, d) der Zentralverwaltung der Domainen und Forsten, e) der direkten Steuern, f) der indirekten Steuern, g) der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, h) der Eisenbahnverwaltung, i) der Staatsschuldenverwaltung, k) der allgemeinen Finanzverwaltung, l) des Finanzministeriums, m) der Bauverwaltung einschließlich der Zentralverwaltung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, n) der Justizverwaltung, o) der Verwaltung für Handel und Gewerbe, p) des Ministeriums des Innern, q) des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. 2. Das ganze Extraordinarium. 3. Die beiden Gesetzentwürfe. III. Das Ordinarium der übrigen Spezialetats in zweiter Lesung im Plenum zu berathen.

* Wie gestern mitgetheilt, ist der Gesetzentwurf, betr. die Aufbringung der Gemeindebedarfs, dem Abgeordnetenhause bereits zugegangen. Der Schluß des allgemeinen Theiles der Motive lautet: „Der Mangel an einer gutgegebenen gesetzlichen Grundlage für die Entscheidung der zahlreichen Kontroversen auf dem Gebiete des Gemeindesteuerwesens, sowie für die Beseitigung der Ungleichmäßigkeiten, welche einer gerechten und zweck-